

29. ordentlicher Landesparteitag am 6. April 2019 in Cottbus

Antrag Nr. A04

Seite 1 von 2

1 **Antragsteller:** Kreisvorstand Dahme-Spreewald

2

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4

5 **Reform der Rundfunkanstalten statt höherer Beiträge**

6

7 1. Die Freien Demokraten lehnen eine weitere Erhöhung des Rundfunkbeitrages ab.

8

9 2. Die Freien Demokraten fordern eine Begrenzung des Auftrages des öffentlich-rechtlichen
10 Rundfunks, um eine weitere Erhöhung des Rundfunkbeitrages zu vermeiden.

11

12

13 **Begründung:**

14 Bis zum Jahr 2020 ist der Rundfunkbeitrag auf monatlich 17,50 Euro pro Haushalt festgelegt. Alle
15 vier Jahre wird neu darüber entschieden. Im Frühjahr 2019 müssen die öffentlich-rechtlichen
16 Sender der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten mitteilen, wie
17 viel Geld sie für 2021 bis 2024 brauchen. Die Forderung nach einer erneuten Erhöhung der
18 Rundfunkgebühren ist bereits vom Vorsitzenden der ARD erhoben worden.

19

20 Erst jüngst wurden zudem Forderungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks laut, dass ein
21 Inflationsausgleich erforderlich sei, um die steigenden Kosten der Rundfunkanstalten zu decken.
22 Der ARD-Vorsitzende forderte hierfür drei Milliarden Euro zusätzlich.

23

24 Eine Erhöhung des Rundfunkbeitrages ist jedoch abzulehnen und stattdessen eine Reform des
25 öffentlich-rechtlichen Rundfunks einzuleiten. Das Ziel ist eine stärkere Fokussierung auf
26 Information, Bildung und Kultur. Zudem ist schnellstens mit dem Sparen anzufangen.

27

angenommen abgelehnt zurückgezogen übernommen

überwiesen an: sonstiges.....

28 Es sind dringend Kosteneinsparungen vorzunehmen, da die Ausgaben des öffentlich-rechtlichen
29 Rundfunks seit Jahren steigen, ohne dass es zu qualitativen Verbesserungen der ausgestrahlten
30 Programme gekommen wäre. ARD, ZDF und Deutschlandradio erhalten derzeit jährlich acht
31 Milliarden Euro an Einnahmen für 20 Fernsehprogramme, 69 Radiowellen und mehr als 120
32 Mobile und Desktopangebote.